

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 16.12.2022
Sitzungsbeginn: 16:34 Uhr
Sitzungsende: 20:54 Uhr
Ort, Raum: Evangeliumshalle Wehrda, Oberweg 60, 35041 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	
-------------------------------------	--

reguläre Mitglieder

Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Thorsten Büchner - SPD	
Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Maik Schöniger - Klimaliste Marburg	
Walter Jugel - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Lars Küllmer - CDU	
Roger Pfalz - CDU	
Heiko Schäfer - CDU	
Karin Schaffner - CDU	
Jens Seipp - CDU	
Jan von Ploetz - CDU	
Lisa Deißler - FDP	
Michael Selinka - FDP	
Roland Frese - BfM	
Andrea Suntheim-Pichler - BfM	

Lena Frewer - B90/Die Grünen	
Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen	
Marion Messik - B90/Die Grünen	
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Martina Rupp - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Maximilian Walz - B90/Die Grünen	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Fatma Aydin - SPD	
Felix Burghardt - SPD	
Asmah El-Shabassy - SPD	
Myriam Hövel - SPD	
Schaker Hussein - SPD	
Alexandra Klusmann - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	ab 16:55 Uhr
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	
Steffen Rink - SPD	
Matthias Simon - SPD	
Anna Maria Zels - SPD	
Renate Bastian - Marburger Linke	ab 16:48 Uhr
Roland Böhm - Marburger Linke	
Anja Kerstin Meier-Lercher - Marburger Linke	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Jan Schalauske - Marburger Linke	ab 16:47 Uhr
Inge Sturm - Marburger Linke	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	
Salomon Lips - Klimaliste Marburg	
Jana Ullrich - Klimaliste Marburg	
Matthias Pozzi - AfD	
Dietmar Göttling -	bis 20:47 Uhr, TOP 4

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	
Kirsten Dinnebier - SPD	
Dr. Michael Kopatz -	
Alev Lassmann - B90/Die Grünen	

Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Roland Stürmer - B90/Die Grünen	
Prof. Dr. Lars Oppenoorth - Klimaliste Marburg	ab 18:00 Uhr
Anne Oppermann - CDU	
Marina Siffermann-Gorr - CDU	
Ulrich Severin - SPD	
Marianne Wölk - SPD	
Sevim Yüzugülen - SPD	

Protokollführung

Lothar Sprenger – Fachdienst kommunale Gremien	
--	--

Abwesend

reguläre Mitglieder

Hermann Heck - CDU	entschuldigt
Dirk Bamberger - CDU	entschuldigt
Jelena Noe - CDU	entschuldigt
Birgit von Barga - CDU	entschuldigt
Sarah Kastner - B90/Die Grünen	entschuldigt
Christian Schmidt - B90/Die Grünen	entschuldigt
Gerald Weidemann - SPD	entschuldigt
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Christoph Ditschler - FDP	entschuldigt
Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	entschuldigt

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Im Anschluss trägt die Stadtverordnetenvorsteherin die Tagesordnung für die heutige Sitzung vor unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen und der im Ältestenrat getroffenen Absprachen. Danach werden die Anträge des Kinder- und Jugendparlamentes unter Tagesordnungspunkt (TOP) 13.1 bis 13.7, wie im Ältestenrat festgelegt, in der Tagesordnung vorgezogen und unmittelbar nach der Fragestunde (TOP 3) zur Abstimmung aufgerufen. Die Reihenfolge und Nummerierung in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Der Antrag der Marburger Linke unter TOP 14.3, zum dem Aussprache angemeldet ist, wird aufgrund der Haushaltsdebatte, wie im Ältestenrat vereinbart, in die Januarsitzung vertagt.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Anmerkung:

Von 18:52 Uhr bis 19:55 Uhr hat der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung inne.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2022

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 3, 5, und 7 bis 16 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernentinnen und Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Dr. Mohammad Malmanesh
Fraktion / Partei:	SPD

Werden privat gemachte Fotos von Bürger*innen in Marburg durch das Ordnungsamt als Grundlage für einen Nachweis von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr, und damit für ein Ordnungsgeld verwendet, und wenn ja, auf welcher gesetzlichen Grundlage?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Grundsätzlich werden Ordnungswidrigkeitsverfahren gemäß den Feststellungen der Ordnungs- und Stadtpolizei nach pflichtgemäßem Ermessen eingeleitet (§ 47 Abs. 1 OWiG).

Erfährt die Verwaltungsbehörde durch die Mitteilung einer Privatperson vom Anfangsverdacht einer Ordnungswidrigkeit, ist diese eine Anregung an die Verwaltungsbehörde, wegen des bekannt gewordenen Sachverhalts ein Verfahren einzuleiten. Dabei bedarf es neben einem aussagekräftigen Bild einer Sachverhaltsschilderung und der Bereitschaft als Zeug*in für dieses Verfahren zur Verfügung zu stehen.

Für Anzeigen einer Ordnungswidrigkeit ist § 158 StPO sinngemäß anzuwenden. Wie bei von Amts wegen bekannt gewordenen Sachverhalten hat die Verwaltungsbehörde zu prüfen, ob genügend Anhaltspunkte aufgezeigt werden, die auf das tatsächliche Begehen einer Ordnungswidrigkeit hindeuten (§ 152 Abs. 2 StPO i.V. mit § 46 Abs. 1 OWiG). Hierbei ist kein Ermessen eröffnet. Die Verwaltungsbehörde muss tätig werden, um den Sachverhalt auf Hinweise für das Erfüllen eines Tatbestands zu untersuchen.

Liegt kein Verfolgungshindernis vor, hat die Behörde nach pflichtgemäßem Ermessen über die Weiterverfolgung des Verfahrens zu entscheiden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Werden zurzeit Trinkwasseruntersuchungen in den öffentlichen Sporthallen vorgenommen und welche Konsequenzen haben die Befunde auf die einzelnen Sportstätten gerade im Hinblick auf einen möglichen Befall mit Legionellen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Trinkwasseruntersuchungen in den öffentlichen Sporthallen werden grundsätzlich einmal jährlich durchgeführt. In diesem Jahr wurden seitens des Gesundheitsamtes des LK MR-BID die Erstuntersuchungen in Liegenschaften, in denen die Warmwasserversorgung außer Betrieb ist **und** das Kaltwasser keine Temperaturen von 25°C oder mehr aufweist, ausgesetzt. In 5 der 17 beprobten Turnhallen wurden Legionellen festgestellt. Bei Betrieb der Warmwasserbereitung werden regelmäßig 1 bis 3 Turnhallen positiv beprobt, also mit Legionellen. In Liegenschaften, in denen in diesem Jahr bereits Legionellen festgestellt wurden, werden die Nachuntersuchungen im Kaltwasser durchgeführt.

Nach Durchführung von Erstmaßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserhygiene in 2 Sporthallen wurden im November Nachuntersuchungen beauftragt, Ergebnisse liegen noch nicht vor. In den übrigen Turnhallen laufen derzeit die Maßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserqualität nach Legionellenkontamination.

Wie immer in solchen Fällen, wird FD Hochbau auch diesmal den Ursachen nachgehen und nach Umsetzung von technischen Maßnahmen entsprechende Nachbeprobungen veranlassen.

Im speziellen Fall der Turnhallen Martin-Luther-Schule/ Turnhalle Stadtwald wurde die Legionellenbelastung als hoch/sehr hoch eingestuft. Bis zur Negativ-Nachbeprobung wurden dort die Duschen vorübergehend gesperrt.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Wie schätzt der Magistrat die rechtliche Vereinbarkeit von Art. 14 GG (Eigentumsschutz) mit der geplanten Einbeziehung von Tiefgaragen als offizielle Regenrückhaltebecken ein?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Das Klimaanpassungskonzept mit dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Handlungskonzept samt Fokusraumkarte ist eine Zusammenstellung von Maßnahmen zur Klimaanpassung, insbesondere zur Hitze- und Starkregenvorsorge. Dieses Konzept zeigt den Handlungsbedarf sowie Maßnahmenvorschläge zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf. Es wurde als städtebaulicher Rahmenplan gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB von der Stadtverordnetenversammlung am 18.11.2022 beschlossen.

Das Handlungskonzept ist ein informelles Planungsinstrument und wurde durch den Stadtverordneten-Beschluss als städtebaulicher Rahmenplan abwägungsrelevant in der Bauleitplanung. Die im Handlungskonzept enthaltenen Maßnahmen sind weiterhin Empfehlungen an die Stadt zur Hitze- und Starkregenvorsorge. Art. 14 Abs. 2 GG besagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Jede*r Eigentümer*in sollte entsprechende Vorsorgemaßnahmen am Objekt sowie auf dem eigenen Grundstück durchführen, um die Auswirkungen eines Starkregenereignisses auf ihr*sein Eigentum sowie auf den öffentlichen Raum zu minimieren.

Eine offizielle Ausweisung von Tiefgaragen als Regenrückhaltebecken ist weder im Handlungs-

konzept noch im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.11.2022 enthalten.

Topographisch bedingt, läuft das anfallende Regenwasser zum Tiefpunkt, im umbauten Raum sind dies meist Keller und Tiefgaragen, da sie zum Großteil unterirdisch angelegt sind.

Im Handlungskonzept werden Tiefgaragen im Abschnitt „Unterirdische Füllkörper“ auf S. 36 wie folgt aufgeführt: „Tiefgaragen selbst bieten grundsätzlich viel Rückhalteraum und könnten zukünftig als Folgenutzung für die Starkregenvorsorge genutzt werden.“ Im Abschnitt „Objekt-schutz“ auf S. 43 sind sogar Maßnahmen zum Schutz von Tiefgaragen vor dem Wassereintritt dargestellt.

Es handelt sich demnach vordergründig um Empfehlungen für die Grundstückseigentümer. Sofern an eine verpflichtende Bereitstellung von Tiefgaragen für die Regenrückhaltung gedacht sein sollte, müsste die gestellte Frage rechtlich weitergehend geprüft werden.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wieviele Anwohnerparkausweise wurden im Jahr 2022 durch die Stadtverwaltung bislang ausgestellt und wann plant der Magistrat eine Erhöhung der Gebühren für die Ausstellung bzw. Verlängerung der entsprechenden Ausweise?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Im lfd. Jahr wurden über das Stadtbüro bisher 2.315 Bewohnerparkausweise ausgestellt. Davon waren am Stichtag 01.11.2022 insgesamt noch 2.010 Parkausweise gültig.

Aktuell arbeitet die Straßenverkehrsbehörde noch nicht konkret an einer Änderung der Gebühren für Bewohnerparkausweise, da zuvor die Beratungen und Beschlussfassungen über den MoVe35 Plan abgewartet werden sollen, der auch Maßnahmenvorschläge zum Parkraummanagement enthalten wird.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie stellt der Magistrat sicher, dass der neu gestaltete Firmaneiplatz auch in der Zeit des Weihnachtsmarkts oder ähnlicher Veranstaltungen (z.B. Marburg b(u)y night) nicht als öffentlicher Parkplatz für PKW genutzt wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der am Firmaneiplatz installierte und seit dem 05.12.2022 aktive Hydropoller verhindert das Befahren des Firmaneiplatzes für Unberechtigte aus Richtung Deutschhausstraße.

Die wenigen berechtigten Nutzer*innen (Kirche, Universität, Müllfahrzeuge und Marktbesucher*innen) können den Poller nun aber mittels Transponder bedienen, wenn die Andienung mit größeren Fahrzeugen notwendig ist. Über die Firmaneistraße ist die Zufahrt zu den Privatgrundstücken grundsätzlich weiterhin erlaubt.

Im Zusammenspiel mit ordnungsrechtlichen Kontrollen durch den FD Verkehrsüberwachung wird eine Nutzung des Firmaneiplatzes als öffentlicher Parkplatz verhindert.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Beim Stadtradeln 2022 hat das Team der Stadtverwaltung der Stadt Marburg den 1. Platz in der Teamwertung gewonnen. Ist der Stadt Marburg bekannt, wieviele Stadtverordnete bzw. Magistratsmitglieder hieran teilgenommen haben?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Beim STADTRADELN 2022 haben 12 Stadtverordnete und 5 Magistratsmitglieder teilgenommen.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Für Marburg 800 sind große, runde und bunte Blumenkübel angeschafft worden, die im Stadtgebiet verteilt aufgestellt wurden. Gemäß Presse sollen diese nach Ablauf des Jubiläumjahres wieder abgebaut werden. Was ist damit künftig geplant?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Die Kübel sind im Rahmen der Ortsvorsteher*innen Konferenz am 16.11.2022 den Ortsvorsteher*innen zur weiteren Verwendung/Aufstellung und Bepflanzung angeboten worden.

Die Stadt Marburg ist bereit die Kübel in Abstimmung mit den Ortsvorsteher*innen auf einen markanten, städtischen Standort – wie z.B. Bürgerhäuser – aufzustellen und sie mit torffreiem Substrat zu befüllen und zur Bepflanzung vorzubereiten. Die Bepflanzung und die Pflege der Pflanzen sollen dann in Patenschaft von Bürger*innen übernommen werden. Die Bepflanzung kann durch die Ortsvorsteher*innen organisiert werden und wird finanziell pauschal (150€/ Jahr) von Seiten der Stadt Marburg unterstützt.

Hierdurch soll die nachhaltige Weiterverwendung der Pflanzkübel sichergestellt und ein Beitrag zur Attraktivierung des öffentlichen Raumes geleistet werden.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Warum wird der Stadtteil Wehrda im Vergleich zu anderen Stadtteilen und Linien bei dem „Sonderfahrplan“ so stark benachteiligt? Wochentags entfallen mehr als 50 % der Fahrten der Linien 1 und 4, während andere Linien gar nicht bzw. nur gering eingeschränkt werden.

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg Consult
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Der Stadtteil Wehrda bleibt mit dem Sonderfahrplan zweimal pro Stunde erreichbar –dies stellt sicherlich gegenüber dem gewohnten sehr guten Angebot eine deutliche Einschränkung dar, die aber aufgrund des Personalmangels unvermeidbar ist.

Ziel des Sonderfahrplans ist, mit deutlich weniger Fahrpersonal weiterhin verlässliche Verbindungen aus allen Stadtteilen in die Innenstadt zu ermöglichen. Für die größeren Stadtteile sollen mindestens zwei Verbindungen pro Stunde angeboten werden, dies wurde mit den Linien 1 und 4 für den Stadtteil Wehrda umgesetzt. Linien, die stündlich die Außenstadtteile bedienen, sind nicht eingeschränkt worden, um deren Erreichbarkeit zu sichern.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Welche Kenntnisse hat der Magistrat über etwaiges Auftreten von Personen gegenüber der städtischen Verwaltung, die sich der Reichsbürgerszene zuordnen lassen können?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Im FB 3 gingen in den vergangenen Jahren im Bereich der Verkehrsüberwachung regelmäßig Einlassungen ein, die eindeutig der Reichsbürgerszene zuzuordnen waren. Dies ist stark rückläufig, inzwischen bewegt es sich im einstelligen Bereich pro Jahr. Die Verfahren werden regulär weiter betrieben, zusätzlich erfolgt ein Hinweis an den Staatsschutz.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Welche Handlungsanweisungen gibt es an die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung für den Umgang mit Personen, die sich der Reichsbürgerszene zuordnen lassen können?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Verwaltung nutzt die vom Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport herausgegebene Handlungsempfehlung für die behördliche Praxis im Umgang mit „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Hessen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Miguel Ángel Sánchez Arvelo
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie viel Meldungen von Unfällen bzw. Verletzungen von Kindern hat die Stadt in Bezug auf das „Mahnmal „Memoria“ am Friedrichsplatz seit seiner Einrichtung bis dato erhalten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 30 - Rechtsservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

In der Abteilung für Schadensbearbeitung im Fachdienst Rechtsservice wurden bislang keine Unfälle oder Verletzungen von Kindern gemeldet.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Miguel Ángel Sánchez Arvelo
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Hat die Stadt vor, das Tagesaufenthaltsangebot für von Wohnungsnot betroffenen Menschen durch ehrenamtliche bzw. caritative Angeboten bzw. Projekte, wie „die Gute Stube“ künftig umzusetzen bzw. hat die Stadt vor das bisher vorhandene Angebot der Wohnungsnotfallhilfe des Diakonischen Werk zu ersetzen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 4 - Soziales und Wohnen
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Der Gesamtverband der Evangelischen Kirchengemeinden in Marburg hat vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen, besonderen Situation in diesem Jahr das Angebot „Gute Stube“ selbständig und unabhängig von der Universitätsstadt Marburg konzipiert, entwickelt und ausgerollt.

Sofern die Fragestellung impliziert, die Universitätsstadt Marburg habe möglicherweise steuernd auf die Entstehung eines Ersatzangebots zur Tagesaufenthaltsstätte (TAS) und Fachberatung Wohnen, beides zusammengefasst als Wohnungsnotfallhilfe in Trägerschaft des Diakonischen Werks Marburg-Biedenkopf, Einfluss genommen, so wird darauf hingewiesen, dass diese Annahme unzutreffend ist.

Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass der Gesamtverband der Evangelischen Kirchen ein dauerhaftes Ersatzangebot anstrebt. Das Angebot „Gute Stube“ versteht sich als eine Ergänzung zu bestehenden Angeboten und ist im Unterschied zu unbefristeten Angeboten, wie der TAS, zeitlich bis zunächst Ende Februar 2023 befristet. Die Stadt Marburg bezuschusst einen wesentlichen Teil der Kosten.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ob der Standort Uferstraße der Sophie von Brabant Schule (SvB) aufgegeben und am Standort Ockershäuser der SvB zusammengeführt wird und falls ja, welche Konzeption verfolgt die Stadt Marburg, ist beabsichtigt dieses Grundstück und Gebäude (wer ist derzeitiger Eigentümer) zu übernehmen und städtebaulich zu entwickeln?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Nein, das Gebäude in der Uferstraße wird auch nach Auszug der SvB weiterhin als Schulstandort bestehen bleiben.

Nach Zusammenführung der SvB in der Willy-Mock-Straße wird die Uferstraße als Interim für die Otto-Ubbelohde-Schule dienen, um die dort anstehenden BiBaP II-Maßnahmen außerhalb des laufenden Schulbetriebs durchführen zu können. Aufgrund verschiedener schulischer Raumbedarfe ist auch in der Perspektive dieser Standort für eine schulische Nutzung vorgesehen.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, welche Marburger Fußballvereine die „Förderung von Mädchen und Frauen auch Geflüchtete, Kinder, Senior*innen und Menschen mit Beeinträchtigungen explizit als Schwerpunkte der Sportpolitik“ erhalten, so nachzulesen in den städtischen Richtlinien, umsetzen und somit verdientermaßen besonders bedacht

werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 42 - Sport
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die in den Spotförderrichtlinien genannten Förderschwerpunkte richten sich an alle fast 130 vom Fachdienst Sport verwalteten Vereine und nicht ausschließlich an die Fußballvereine. Daher hat es in den letzten Jahren eine breite Förderung gegeben, die vielen Vereinen zu Gute kam. Die Förderungen werden aber nicht automatisch als jährliche Regelförderung ausgezahlt, sondern nach Eingang entsprechender Anträge mit unterschiedlichsten Fallgestaltungen. Beim Landesprogramm „Hessen integriert“, dass überwiegend Geflüchteten zugute kommen soll, werden die entsprechenden Landesrichtlinien angewendet.

Eine Förderung haben aus dem Bereich des Fußballs in diesem Jahr beispielsweise SF/BG Marburg, der 1. FSC Ela Malaka Marburg und der SV Bauerbach erhalten.

Im Bereich des Seniorensports gab es keine Anträge von Fußballvereinen bzw. -abteilungen. Im Bereich Inklusion war es ausschließlich der SF/BG Marburg.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Damit ist die Fragestunde der heutigen Sitzung beendet. Die Fragen Nr. 04 und 06 werden wegen Abwesenheit des Fragestellers schriftlich beantwortet. Sie sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 4 Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2022 bis 2026 der Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Jahr 2023 mit ihren Anlagen und Stellenplan 2023 - 2. Lesung und Beschlussfassung

VO/0881/2022-1

Zu dem Tagesordnungspunkt ist Aussprache vereinbart. An der Haushaltsdebatte beteiligen sich mit Redebeiträgen die Stadtverordneten Seipp, Messik, Hövel, Bauder-Wöhr, Schöniger, Pozzi, Göttling, Schaffner, Ramsaier, Lotz-Halilovic, Sturm, Lips, Frese, Dr. Malmanesh, Böhm, Ullrich, Selinka, Steffen Rink und Pfalz.

Nach Schluss der Debatte ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zu den Abstimmungen auf. Es folgen zunächst die beantragten Einzelabstimmungen.

Von der CDU/FDP/BfM-Fraktion beantragte Einzelabstimmungen

Produkt: 666010 Verkehrsanlagen

Pos.-Nr. 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen,
für die Technische Machbarkeitsstudie Verkehrsknoten
Marburg Mitte + 150.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg, StV. Göttling

Nein-Stimmen: AfD

Enthaltungen: keine

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

Produkt: 110800 Beteiligungen

Zuweisungen an städtische Gesellschaften + 12.000.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke,
Klimaliste Marburg, StV. Göttling

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: AfD

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

Produkt: 242010 Förderung des Sports

1420.003.9 Planungskosten Turnhalle Michelbach + 200.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, StV. Götting

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: AfD

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Von der Fraktion Marburger Linke beantragte Einzelabstimmungen

Produkt: 550020 Förderung Träger der freien Wohlfahrtspflege und sozialen Leistungen

Pos.-Nr. neu Rückführung UKGM + 100.000.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke, StV. Götting

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD

Enthaltungen: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt: 515010 Freie Träger / Soziale Stadt

Pos.-Nr. 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere
Finanzaufwendungen

Einführung eines Sozialfonds + 6.000.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke, StV. Götting

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD

Enthaltungen: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD

Enthaltungen: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt: 666010 Verkehrsanlagen

Pos.-Nr. I661.neu Rückbau Lahnuferparkplätze, Lahnuenschutz + 250.000 €

+ VE 150.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: StV. Götting

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD

Enthaltungen: Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt: 666010 Verkehrsanlagen

Pos.-Nr. I661.neu Autofreie Oberstadt, Umsetzung mit Pollern + 70.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke, StV. Götting

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD

Enthaltungen: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Nach den beantragten Einzelabstimmungen lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die vorliegenden Listen von Änderungsanträgen abstimmen, denen der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Annahme empfiehlt.

Liste der Änderungsanträge des Magistrats zur 2. Lesung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, StV. Götting

Enthaltungen: AfD

Der Änderungsanträge sind damit angenommen.

Liste der Änderungsanträge der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, StV. Götting

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD

Enthaltungen: keine

Der Änderungsanträge sind damit angenommen.

Es folgt die Abstimmung der Anträge, denen der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Ablehnung empfiehlt.

Liste der Änderungsanträge der CDU/FDP/BfM-Fraktion zur 2. Lesung**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, StV. Götting

Enthaltungen: AfD

Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Liste der Änderungsanträge der Fraktion Marburger Linke zur 2. Lesung**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: Marburger Linke

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke,
Klimaliste Marburg, AfD

Enthaltungen: StV. Göttling

Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Liste der Änderungsanträge des StV. Göttling zur 2. Lesung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke, StV. Göttling

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD

Enthaltungen: keine

Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Liste der Änderungsanträge der AfD zur 2. Lesung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: AfD

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke,
Klimaliste Marburg, StV. Göttling

Enthaltungen: keine

Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Anschließend lässt die Stadtverordnetenvorsteherin einzeln abstimmen über

1. das **Investitionsprogramm** der Universitätsstadt Marburg für den Planungszeitraum 2022 bis 2026

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, AfD, StV. Götting

Enthaltungen: keine

2. den **Stellenplan 2023** der Universitätsstadt Marburg

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, StV. Götting

Nein-Stimmen: AfD

Enthaltungen: CDU/FDP/BfM

3. die **Haushaltssatzung 2023** der Universitätsstadt Marburg

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, AfD, StV. Götting

Enthaltungen: keine

Die Abstimmungen schließen mit dem Votum über den Gesamthaushalt 2023.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. gemäß § 101 Abs. 3 HGO das vorgelegte Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für den Planungszeitraum 2022 bis 2026 mit einem Volumen von 393.545.000 €;
2. den Stellenplan 2023 der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung auf 119,899 Beamtenstellen und 1.139,336 Beschäftigtenstellen nach TVÖD festzusetzen;
3. aufgrund der §§ 94 ff HGO die vorgelegte Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, AfD, StV. Götting

Enthaltungen: keine

zu 5 Beitritt als Gründungsmitglied zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft Marburg-Biedenkopf mbH

VO/1027/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Dem Beitritt der Universitätsstadt Marburg als Gründungsmitglied zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft Marburg-Biedenkopf mbH (WFG) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Marburger Ortsrecht: Satzung zur Anpassung örtlicher Rechtsvorschriften an § 2b UStG (§ 2b UStG-Anpassungs-Satzung) der Universitätsstadt Marburg

VO/1051/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die vorliegende Satzung zur Anpassung örtlicher Rechtsvorschriften an § 2b UStG (§ 2b UStG-Anpassungs-Satzung) der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 7 Übergang der Zuständigkeit für Bußgeldverfahren in Verkehrsord-
nungswidrigkeiten**

VO/1000/2022

Auch diese Vorlage ist im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorbereitet worden. Der Ausschuss empfiehlt lt. Bericht des Vorsitzenden, Stadtverordneter Pfalz, einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, sich beim Land Hessen dafür einzusetzen, dass

1. die Zuständigkeit für Bußgeldverfahren in Verkehrsordnungswidrigkeiten, analog zu den Regelungen für die Stadt Frankfurt, von der Zentralen Bußgeldstelle des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Kassel auf die Universitätsstadt Marburg übergeht und die damit verbundenen Bußgelder und Verwaltungsgebühren hier vereinnahmt werden dürfen.
2. bis zur Umsetzung des Vorhabens unter Ziffer 1, den bisher vom Land Hessen festgelegten Verteilungsschlüssen der Einnahmen aus den Bußgeldern von 40 zu 60 % zugunsten des Landes Hessen abzuändern auf 70 zu 30 % zugunsten der Universitätsstadt Marburg, da dort der überwiegende Teil der Arbeit in den Verfahren zu leisten ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 8 Gemeinschaftliches Wohnen für alleinerziehende Menschen im Bau-
vorhaben am Oberen Rotenberg verankern**

VO/1015/2022

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Die gilt auch für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, von dessen Vorberatung der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Dr. Malmanesh berichtet.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Entsprechend des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zum Dritten Marburger Aktionsplan für die EU-Charta am 21. Oktober 2022 (VO/0916/2022), sollen im Baugebiet am Oberen Rotenberg mehrere Wohnungen für gemeinschaftliches Wohnen von alleinerziehenden Menschen als Einheit, zum Beispiel eine Etage mit mindestens 6 Wohnungen, eingeplant und umgesetzt werden. Hierfür sind zusätzlich gemeinschaftlich genutzte Räume vorzusehen.

Es soll geprüft werden, ob über gemeinschaftliche Räume hinaus sozialpädagogische Strukturen zur Begleitung und Unterstützung von alleinerziehenden Menschen und anderen Gruppen im neuen Wohnquartier etabliert werden sollen.

Hierfür soll in Zusammenarbeit von der Fachstelle gemeinschaftliches Wohnen und dem Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Anti-Diskriminierung eine Konzeption entwickelt werden, die mögliche Ansätze zur Erfassung von Bedarfen der Zielgruppe beinhaltet und verschiedene/flexible Umsetzungsstrukturen enthält.

Durch eine gemeinsame Vorgehensweise mit der GeWoBau soll darauf hingewirkt werden, dieses Vorhaben in die Planungen für den Oberen Rotenberg einzubeziehen und insbesondere bei der Gestaltung der Wohneinheiten auf dieser Etage darauf zu achten, dass die Grundrisse geeignet für das Zusammenleben mehrerer Erwachsener mit Kindern und für gemeinschaftliches Zusammenleben sind. Dies soll in allen Schritten der Planung und Umsetzung berücksichtigt werden, zum Beispiel indem Erfahrungen zur Architektur gemeinschaftlichen Wohnens einbezogen werden.

Auch im geplanten Marburger Konzeptverfahren sollen diese Punkte bei der Auswahl der Wohnprojekte Berücksichtigung finden.

Da für eine soziale Miete, eine klimaschonende und klimaneutrale Bauweise eine öffentliche Förderung durch Bund und Land unabdingbar ist, sind die technischen Anforderungen der hessischen Wohnungsbauförderung zwingend zu beachten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: AfD

zu 9 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 2/1, 2. Änderung für den Bereich "Rosenstraße"

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Dr. Malmanesh. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Für den im vorliegenden Übersichtsplan umgrenzten Bereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2/1, 2. Änderung für das Gebiet „Rosenstraße“ beschlossen. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Aktualisierung des Änderungsbeschlusses und öffentliche Auslegung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 26/14 „Seniorenquartier am Lindenplatz“ im Stadtteil Michelbach

VO/1040/2022

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der stellv. Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Malmanesh. Der Ausschuss empfiehlt auch hier einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Beschluss:

- Die Aktualisierung des Aufstellungsbeschlusses zur Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 26/14 gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.
- Die öffentliche Auslegung des Entwurfes zur Flächennutzungsplanänderung Nr. 26/14 gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg**Aktualisierung des Aufstellungsbeschlusses und öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 26/7, 3. Änderung „Seniorenquartier am Lindenplatz“ im Stadtteil Michelbach
VO/1041/2022**

Auch diese Vorlage ist im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vorbereitet worden. Es berichtet der stellv. Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Malmanesh. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt die Vorlage zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

- Die Aktualisierung des Aufstellungsbeschlusses für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 26/7 3. Änderung gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.
- Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 26/7, 3. Änderung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Dringlichkeitsanträge

keine

zu 13 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

**zu 13.1 Antrag des KiJuPa betr. Prüfung Trinkwasserbrunnen in der Nähe von Spiel-, Sport und Bolzplätzen sowie Schulhöfen einzurichten
VO/1010/2022**

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Dr. Malmanesh. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der

geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zu Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, zu prüfen, ob und wo Trinkwasserbrunnen in der Nähe von Spiel-, Sport- und Bolzplätzen sowie Schulhöfen eingerichtet werden können. Hierbei sollen auch die vorhandenen Trinkwassereinrichtungen in Schulen überprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 13.2 Antrag des KiJuPa betr. Errichtung eines Sonnenschutzes für den
Sportplatz am Richtsberg
VO/1018/2022**

Für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Errichtung eines Sonnenschutzes für den Sportplatz am Richtsberg (parallel zur Cappeler Straße, neben dem interkulturellen Garten/Gesundheitsgarten) zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 13.3 Antrag des KiJuPa betr. Errichtung einer Unisex-Toilette an allen
Marburger Schulen
VO/1022/2022**

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteili-

gung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Dem Antrag in der geänderte Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme. Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, an allen weiterführenden Marburger Schulen eine Unisex-Toilette einzurichten, wo dies unter Beachtung der bestehenden Vorschriften möglich ist. Des Weiteren sollen Unisex-Toiletten auch bei künftigen Neubauten von weiterführenden Schulen errichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg, StV. Göttling
Nein-Stimmen: AfD
Enthaltungen: keine

zu 13.4 Antrag des KiJuPa betr. die Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel in allen Marburger Schultoiletten sowie in allen öffentlichen Toiletten (unabhängig vom Geschlecht)

VO/1023/2022

Der Antrag ist ebenfalls im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung vorberaten worden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel in allen Marburger Schultoiletten sowie in allen öffentlichen Toiletten (unabhängig vom Geschlecht) zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste

Marburg, StV. Götting

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: AfD

zu 13.5 Antrag des KiJuPa betr. gut gekennzeichnete Raucher*innen-Bereiche an Bushaltestellen einzurichten

VO/1037/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie Nichtraucher*innen (insbesondere Kinder und Jugendliche) an Bushaltestellen besser vor Passivrauchen geschützt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: Marburger Linke, StV. Götting

zu 13.6 Antrag des KiJuPa betr. Bedarfs-Prüfung einer Bedarfsampel (Zweilichtampel, orange und rot) vor dem Wohnheimgebäude der blista e.

V. „Am Schlag 3“

VO/1038/2022

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, den Bedarf einer Bedarfsampel (Zweilichtampel, orange und rot) vor dem Wohnheimgebäude der blista e. V. „Am Schlag 3“ zu

prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13.7 Antrag des KiJuPa betr. Einrichtung von Kinder- und Jugend-Werbetafel an Bushaltestellen zu prüfen

VO/1039/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Einrichtung von Kinder- und Jugend-Werbetafel an Bushaltestellen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 Anträge der Fraktionen

zu 14.1 Berichtsantrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Status quo der Umsetzung des Zukunftskonzeptes Oberstadt

VO/1019/2022

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, über die bereits umgesetzten Maßnahmen, über die derzeit anstehenden Umsetzungen und über die Effekte der bereits umgesetzten Maßnahmen des Zukunftskonzeptes Oberstadt zu berichten. Hierbei sollten die Themen Wohnen und Mobilität der Bewohnerinnen und Bewohner im Vordergrund stehen. Ebenso sind die Herausforderungen im Bereich Grün- und Freiflächengestaltung, versorgende Infrastruktur, Einzelhandel, Städtebau und Stadtgestaltung der Oberstadt zu beleuchten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmigen

zu 14.2 Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Parkplätze Unistraße**VO/1020/2022**

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD

Nein-Stimmen: B90/die Grünen, SPD, Marburger Like, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: keine

zu 14.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Ausweitung der Öffnungszeiten des Stadtbüros sowie Wiedereröffnung der Verwaltungsaußenstellen Cappel, Marbach und Wehrda**VO/1031/2022**

Der Antrag wurde nach Absprache im Ältestenrat in die Januarsitzung vertagt.

zu 14.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Begrüßung der Initiative „Endfossil: Occupy!“**VO/1034/2022**

Der Antrag wurde durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

zu 15 Kenntnisnahmen

zu 15.1 Sachstandsbericht - ein VinziDorf für Marburg**VO/1036/2022**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung eines Vinzidorfs in Marburg zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner dankt den Anwesenden für die Teilnahme und wünscht allen ein friedvolles Weihnachtsfest, einen angenehmen Jahreswechsel und einen guten Start in das neue Jahr.

Marburg, 21.12.2022

Vorsitz:

Protokoll:

Dr. Elke Neuwohner

Lothar Sprenger

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 04 und 06

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Dirk Bamberger
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Ich frage den Magistrat, welche Funktionen neben der Unterbringung der Freiwilligen Feuerwehr Marburg-Cappel im Neubau „Lintzingsweg“ derzeit weiterhin vorgesehen sind.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 37 - Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Neubau in Marburg Cappel wird zukünftig die Einheit der Freiwilligen Feuerwehr Marburg-Cappel, den Trainingsbereich für die Freiwillige Feuerwehr Marburg in ihrer Gesamtheit sowie Raumentlastung für weitere Einheiten der Feuerwehr umfassen. Diese satzungsgemäßen Einheiten sind: die Kinderfeuerwehren, Jugendfeuerwehren, Ehren- und Altersabteilungen sowie das Blasorchester der Feuerwehr Marburg. Einige dieser Einheiten haben bereits Raumbedarf angemeldet. Ebenfalls ist es nicht ausgeschlossen, dass aufgrund der akuten Situation auch Komponenten des kommunalen Bevölkerungsschutzes untergebracht werden müssen. Die Räume des Trainingszentrums sollen darüber hinaus in der trainingsfreien Zeit der Freiwilligen Feuerwehr an Partnerorganisationen oder Fachnutzer vermietet werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2022

Fragesteller*in:	Dirk Bamberger
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Auf welche Verkehrsgutachten bezieht sich der Oberbürgermeister, wenn er in der Oberhessischen Presse vom 5. Juli 2022 wie folgt zitiert wird: „Ja, das gilt für alle Tunnelbauwerke. Zudem zeigten bereits frühere Verkehrsgutachten, dass die vermutete Entlastung an anderer Stelle nicht erreicht werden kann.“

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Aussage bezog sich auf eine Frage der Oberhessischen Presse nach der Freisetzung von CO₂ durch den Bau von Tunnelbauwerken. Es ist richtig, dass Tunnel im Bau viel CO₂ verursachen (ca. 80kg CO₂ pro t Beton) und dadurch bereits zu Beginn der Nutzung ein erheblicher negativer Umwelteinfluss erfolgt ist.

Die Aussage bezog sich darüber hinaus u.A. auf eine bereits in der Amtszeit von Oberbürgermeister a.D. Dietrich Möller beauftragte Studie zur Wirksamkeit eines Behringtunnels. Diese stellte fest, dass als Voraussetzung für einen auch nur rechnerisch möglichen Nutzen des Tunnels einerseits eine Sektorierung der Innenstadt notwendig sei – diese ist per Bürgerentscheid abgelehnt – andererseits eine Zufahrt auf die B3a in Richtung Norden in Höhe der Konrad-Adenauer-Brücke notwendig sei – diese ist wie seit Jahren bekannt, alleine schon aufgrund der Bebauung der Fläche mit Wohngebäuden nicht mehr möglich.

Zur Transparenz, Frage und Antwort in der Oberhessischen Presse im Zusammenhang:

„Teilt die Stadt die Einschätzung des Verkehrsplaners [Dr. Heiner Monheim], dass der Bau des Behringtunnels aus umweltpolitischer Sicht schlecht wäre, weil durch die Produktion von Baustoffen wie Beton und Stahl zuviel CO₂ freigesetzt wird?“

Ja, das gilt für alle Tunnelbauwerke. Zudem zeigten bereits frühere Verkehrsgutachten, dass die vermutete Entlastung an anderer Stelle nicht erreicht werden kann.“

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister